

II-9213 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4628/1

1989 -11- 30

A N F R A G E

der Abgeordneten Dkfm. Graenitz, Dr. Keppelmüller  
und Genossen

an die Frau Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie  
betreffend Säumigkeit des Umweltministeriums beim Inkraftsetzen von  
umwelt- und konsumentenschutzrelevanten Verordnungen

Im Maßnahmenpaket gegen Ozon und Klimaveränderung, das wohl richtiger Maßnahmenpaket gegen bodennahe, schädliche Ozonkonzentration und Klimaveränderung hätte heißen müssen, wird von Ihnen unter 18 möglichen Maßnahmen gegen die Ozonbelastung als Punkt 14 "Einführung geschlossener Systeme bei der Verwendung von Kohlenwasserstoffen und chlorierten Kohlenwasserstoffen (Putzereien, Industrie, Metallentfettung)" angeführt.

Nun müssen die unterzeichneten Abgeordneten Ihrer Anfragebeantwortung 4213/28.11.1989 entnehmen, daß die Verordnung über die Emissionsbegrenzung von chlorierten organischen Lösungsmitteln in gewerblichen Betriebsanlagen bereits am 12. Juni 1989 in Ihrem Ressort einlangte.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten an die Frau Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie nachstehende

A n f r a g e:

1. Warum schlagen Sie Maßnahmen vor, deren Verwirklichung in Ihrer Mitverantwortung liegt ?
2. Aus welchem Grund wird eine so wichtige Maßnahmen wie die Verordnung über die Emissionsbegrenzung von chlorierten organischen Lösungsmitteln in gewerblichen Betriebsanlagen in Ihrem Ministerium so langsam behandelt ?
3. Wann ist mit dem Einvernehmen zu rechnen ?